



„Unsere Aufgabe fordert mehr Personal“

Dialog zwischen Innenminister und GdP führt zu Perspektivpapier für die Landespolizei

Kiel – Mit Zustimmung hat die Gewerkschaft der Polizei auf Verlautbarungen von Innenminister Stefan Studt zur weiteren Entwicklung der Landespolizei reagiert. „Insbesondere die Antworten des Ministers zur Karriereentwicklung von Polizistinnen und Polizisten, zum Personalbestand der Landespolizei und zu Ausgleichsmaßnahmen für besonders belastende Dienstformen kommen der gewerkschaftlichen Position entgegen“, sagte GdP-Landesvorsitzender Manfred Börner.

In einem zweistündigen Gespräch auf der GdP-Geschäftsstelle hatten sich Vorstandsvertreter mit Innenminister Stefan Studt ausgetauscht. Seitens der GdP nahmen neben Börner die Stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Kropius und Torsten Jäger sowie Karl-Hermann Rehr teil. Der Innenminister kam gemeinsam mit dem Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Jörg Muhlack, sowie Dr. Thiemo Lüße und Silke Tobias zu dem Austausch.

Schnelle Annäherung gab es in der Frage des Personalbestandes: Die Polizei braucht dringend Verstärkung. Auch wenn es kurzfristig nicht möglich sei, müsse sich der Aufgabenzuwachs der Landespolizei zumindest mittelfristig auf die Personalstärke auswirken, wiederholten die GdP-Vertreter. So hatte die GdP zuletzt die Erhöhung der Einstellungszahlen für den mittleren und gehobenen Polizeidienst gefordert, und zwar jährlich bis 2020 auf 400 Neueinstellungen. „Diese Einstellungszahlen sind realistisch und an den Ausbildungseinrichtungen in Eutin und Altenholz auch zu leisten“, betonte der Innenminister. Studt kündigte entsprechende Veränderungen in den kommenden Jahren an. „Darüber hinausgehende Forderungen sind gegenwärtig wohl unrealistisch“, unterstrich Manfred Börner.

Die GdP-Vertreter machten deutlich, dass die begrüßenswerte Anhebung des Einstellungsamtes von A 7 auf A 8 Folgen für das „Bestandsper-

sonal“ im mittleren Dienst haben muss. Mit ihrer Darstellung und Erwartungshaltung stieß die GdP bei Studt auf offene Ohren. Dieses Thema wird schon seit geraumer Zeit im Innenministerium geprüft. „Ja, die Anhebung des Eingangsamtes muss auch weitere Beförderungen im mittleren Dienst nach sich ziehen und wir werden hier einen Schwerpunkt bereits zum 1. Juli bilden“, kündigte der Minister an. Übereinstimmung herrschte zwischen GdP und Minister, dass langfristig die Beförderungsstruktur aller Laufbahnen der Schwierigkeit der Aufgabe angepasst werden müsse.

„Hier muss es in Kürze auch entsprechende Anhebungen für diejenigen geben, die schon seit Jahren im Funkstreifen- und Einsatzdienst ihre Haut zu Markte tragen. Ansonsten haben wir hier eine Schieflage zum Nachteil derer, die mit großem Engagement und erheblichen Belastungen die personellen Defizite in der Landespolizei kompensieren und bislang das gute Ansehen der Polizei wesentlich geprägt haben. Das erzeugt spürbaren Frust“, unterstrich der GdP-Vorstand um Börner.

Dabei verwies der GdP-Landesvorsitzende auf vorherige Gespräche mit dem Innenminister sowie Ministerpräsident Torsten Albig, in denen bereits seit Mitte vergangenen Jahres die Erwartung entsprechender Korrekturen zum Ausdruck gebracht worden sei. Auch darüber hinaus seien kurz-, mittel- und langfristig entsprechende Anhebungen im Polizeidienst notwendig. Hier gebe es nach wie vor keine aufgabengerechte Besoldung und deshalb entsprechend



Manfred Börner und Innenminister Stefan Studt

Foto: TG

Nachholbedarf. Einvernehmen gab es auch in der Frage der notwendigen Entlastungen für die im Wechselschicht- und Schichtdienst tätigen Polizistinnen und Polizisten. Hier hatte Innenminister Studt vor knapp einhalb Jahren die Arbeitsgruppe „Kompensation“ in der Landespolizei einrichten lassen, um Möglichkeiten der Entlastung für diese Betroffenen zu entwickeln. Den Stein ins Rollen gebracht hatte die vorangegangene Belastungskonferenz der GdP. Einige Stichworte waren: Wochenarbeitszeitverkürzung für Wechselschichtdienstleistende und Lebensarbeitszeitverkürzung für alle belastenden Dienstformen.

„Perspektivpapier für die Landespolizei“ nach Austausch mit GdP veröffentlicht

Nach dem Austausch mit der GdP veröffentlichte Innenminister Studt sein „Perspektivpapier für die Landespolizei“. Ihm sei wichtig, dass es für alle Polizeiaufbahngruppen gleichermaßen gute Perspektiven gebe. „Niemand soll das Gefühl haben, von Karrierechancen ausgenommen zu bleiben oder benachteiligt zu werden“, sagte Studt bei der Jahreshauptversammlung der GdP-Regio-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

nalgruppe Lauenburg-Stormarn im März. Daher umfasse das Gesamtprogramm vom Polizeiobermeister bis zur Behördenleiterin alle Besoldungs- und Laufbahngruppen.

Folgende Aspekte würden nun bearbeitet:

1. Reduzierung der Wochenarbeitszeit für den Wechselschichtdienst.

2. Verkürzung der Lebensarbeitszeit für lange Dienstzeiten im Wechselschicht- und im Schwerpunktschichtdienst.

3. Deutliche Verkürzung zur Beförderung PHM.

4. Früherer prüfungsfreier Aufstieg in den gehobenen Dienst.

5. Stabile Stehzeiten in A9 und A 10.

6. Ausweitung des prüfungsfeien Aufstiegs bis A 11.

7. Ausweitung der Statusämter A 12 und A 13.

8. Deutliche Erhöhung des Anteils in der Laufbahngruppe 2.2, also dem höheren Dienst und

9. Einführung der B-Besoldung für Spitzenämter in der Landespolizei, z. B. für die Leiterinnen und Leiter großer Polizeidirektionen.

„Ein solches Paket hat es wohl selten zuvor in der Landespolizei gegeben“, freute sich der Innenminister. Es sei Ausfluss verschiedener Gespräche mit der GdP gewesen.

GdP begrüßt Perspektivpapier des Innenministers

Das vorgelegte Papier „Perspektivpapier für die Landespolizei“ werde von der Gewerkschaft der Polizei begrüßt. Es stelle eine treffende Zustandsbeschreibung dar, nenne Schwachstellen und zeige Lösungswege auf, lobte der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner die Initiative des Innenministers.

„Den von der GdP vorgetragenen Forderungen nach Personalverstärkung, Perspektiven für die jetzigen Beschäftigten, Anreize für Berufsanfänger und Entlastung für besonders schwierige Dienstformen zu schaffen, werden in diesem Papier Rechnung getragen. Sie sind Ausfluss eines konstruktiven Dialoges zwischen Innenministerium und der GdP. Deshalb kann sich Innenminister Studd und mit ihm Jörg Muhlack, der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, unserer Unterstützung gewiss sein“, hob Manfred Börner heraus.

Dieser Dialog zwischen GdP und dem Minister werde beständig fortgesetzt, um die Gewähr für die Umsetzung der in Perspektivpapier formulierten Ziele auch sicherzustellen.



REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 5/2016:
XXXXXXXXXX



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

Herbert Reichel

Am 3. März 2016 starb der langjährige GdP-Landesgeschäftsführer Herbert Reichel. Der Verstorbene wäre am 11. März 91 Jahre alt geworden. Das Amt des Landesgeschäftsführers bekleidete er vom 1. November 1959 bis 31. März 1988.



Bevor Herbert Reichel zur GdP kam, war er Angehöriger der Landpolizei. Er wurde am 27. Januar 1946 eingestellt und war zuletzt Leiter des dreiköpfigen Polizeipostens Achterwehr, damalige Polizeiinspektion Rendsburg.

In seiner gewerkschaftlichen Karriere war der Verstorbene insbesondere wegen seiner Redekunst und seines Verhandlungsgeschickes bekannt. Gerade ihm ist es zu verdanken, dass die GdP neben den damals konkurrierenden Organisationen ÖTV, DPoIG und BDK zur bestimmenden Kraft in der Berufsvertretung wurde.

Der Landesbezirk Schleswig-Holstein hat Herbert Reichel viel zu verdanken.

Er hinterlässt seine Ehefrau und eine Tochter. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen.

Über eine Trauerfeier ist bisher nichts bekannt.



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK

Weniger Gewalt, aber deutlich mehr Einbrüche im Norden

Innenminister stellte PKS-Zahlen vor

Kiel – Jetzt ist es auch amtlich dokumentiert: Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Schleswig-Holstein ist 2015 stark gestiegen. Auch bei den Ladendiebstählen wies der Trend nach oben. Vor allem die Zahl der Gewaltdelikte nahm hingegen weiter ab. Die Kriminalitätsbelastung im Land sinkt weiter. Das geht aus der jüngsten Polizeilichen Kriminalitätsstatistik hervor, die SPD-Innenminister Stefan Studt gestern in Kiel vorgelegt hat.

202 598 Straftaten wurden registriert. Das sind 297 oder 0,1 Prozent mehr als im Vorjahr, darin enthalten

aber auch 13 165 reine Aufenthaltsverstöße von Ausländern, vor allem im Zuge der Flüchtlingszuwanderung. 2014 waren das nur 7772 Fälle. Die Gesamtzahl der übrigen Delikte sank um 2,6 Prozent. „Schleswig-Holstein ist und bleibt ein sicheres Land“, sagt Studt.

Die Zahl der Morde sank im Vergleich zu 2014 von 21 auf 17, die der Totschlagsfälle von 38 auf 37. Es wurden 253 Vergewaltigungen oder schwere sexuelle Nötigungen angezeigt und 234 minder schwere sexuelle Nötigungen. Laut einer jüngst veröffentlichten Dunkelfeldstudie der

Landespolizei würden viele solcher Delikte allerdings nicht angezeigt. Studt appellierte daher erneut an jeden, der Opfer wird, sich unbedingt bei der Polizei zu melden. Die Zahl der Raube sank um 96 auf 1393, die der einfachen Körperverletzungen um 745 auf 13 745 und der schweren um 195 auf 3893.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg im Vergleich von 2014 zu 2015 um 12,3 Prozent, von 7529 auf 8456. Die Aufklärungsquote, die über alle Delikte bei 52,1 Prozent liegt, sank

Fortsetzung auf Seite 4

KOMMENTAR

Polizei und Bürger brauchen Vertrauen und Verlässlichkeit

Polizeiliche Kriminalstatistik 2015 – Ein Kommentar von Torsten Jäger

Kiel – Jedes Jahr gibt es die gleichen politischen und medialen Rituale. Je nach Standpunkt und politischer Zielsetzung wird die Polizeiliche Kriminalstatistik gedeutet und für eigene Interessen ausgelegt. Dramatische Szenarien werden beschrieben, oder es ist alles gut.

Wie relativ Daten sein können, machen die Zahlen der Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und Freizügigkeitsgesetz/EU deutlich. Der Generalstaatsanwalt hat im Zusammenwirken mit der Landespolizei eine Verfahrensweise festgelegt, die in der Regel dazu führt, dass bei syrischen und irakischen Bürgerkriegsflüchtlingen – begründet durch Kanzlerinerklärung und faktisches Verhalten deutscher Behörden – beim Grenzübertritt nach Deutschland keine Strafanzeigen zu fertigen sind. Dieses richtige Vermeiden unsinniger Strafanzeigen verändert die Datenlage und macht vergleichende Aussagen zu Vorjahren schwierig. Richtig ist es, Tatverdächtige mit Migrationshintergrund zu benennen, Objektivierung kann ein vernünftiges Gegenmittel zum dumpfen Angstschüren sein. 52 000 aufgenommene und 60 000 Transitflüchtlinge in Schleswig-Holstein allein in 2015 bleiben nicht ohne Auswirkungen auf das Kriminalitätsgeschehen. Dies wird durch die Zahlen ohne Dramatik belegt.

Dramatisch sind und bleiben die



Torsten Jäger

Foto: TG

Zahlen der Einbruchkriminalität. Ein jahrelanger unverminderter Anstieg getoppt durch 12,3% Anstieg im letzten Jahr und eine miserable Aufklärungsquote von 8,9%. Obwohl unsere Kolleginnen und Kollegen durch gute Konzepte, hohes Engagement und hohe Professionalität hier versuchen, gegenzuwirken, gelingt es bisher, trotz einzelner Erfolge durch Festnahmen, nicht, diesen negativen Trend zu stoppen. Dies liegt maßgeblich daran, dass alle Konzepte nicht mit zusätzlichem Personal hinterlegt werden, sondern stets aus dem Bestand improvisiert werden müssen.

Gerade in den Themenfeldern „Täter mit Migrationshintergrund“ und

„Wohnungseinbruchdiebstahl“ wird der enge Zusammenhang der objektiven Datenlage mit dem subjektiven Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung überaus deutlich.

Innenminister Studt hat somit richtig entschieden, in Schleswig-Holstein auch das Dunkelfeld erforschen zu lassen. Danach erfährt die Landespolizei tatsächlich nur von einem Viertel aller Straftaten. Ein Drittel der Befragten meidet bestimmte Plätze und Wege. Schon vor der Flüchtlingswelle attestierten 26,6% der Befragten fehlendes Vertrauen in den Rechtsstaat. Statistik bedeutet im Ursprung die „Lehre von den Daten über den Staat“. Der vernünftige Umgang mit dem Thema Innere Sicherheit in allen Facetten ist eindeutig staatliche Aufgabe. Unfassbar sind zu beobachtende Situationen, dass Kommunen für Streifenfähigkeit von Sicherheitsdiensten Sponsorengelder erbitten, weil die Polizei dies nicht mehr leisten kann. Der Innenminister geht in seinem Perspektivpapier darauf ein und beschreibt Personalzuwächse, Entlastungsmöglichkeiten und Strukturverbesserungen. Richtig so! Vor der Landtagswahl im nächsten Jahr sollten sich die demokratischen Parteien in ihren Programmen anschließen, denn die Polizei und die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein brauchen zu diesem Thema Vertrauen und Verlässlichkeit.



Gewalt gegen Polizei weiter auf hohem Niveau

KIEL – In einer alljährlich wiederkehrenden Kleinen Anfrage will der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Ekkehard Klug Zahlen der Regierung zu Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte wissen. Hier bestätigt sich das, was auch sechs Wochen später Bestandteil der Pressekonferenz des Innenministers zur Polizeilichen Kriminalstatistik steht: Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte bleibt auf hohem Niveau.

1082 Gewaltdelikte (das sind durchschnittlich drei Taten pro Tag) gegen

2012 Beamte im engeren Sinne zu § 113 sowie Rohheitsdelikte wurden verzeichnet. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr 363 Beamte (durchschnittlich einer pro Tag) verletzt, sieben dabei schwer verletzt. Die belasteten Beamten schrieben 634 Anzeigen wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und 356 wegen Körperverletzung bei Ausübung dienstlicher Maßnahmen. Das Ministerium konnte zum Fragezeitpunkt noch keine Auskunft darüber geben, zu wieviel Fehltagen es wegen der Widerstandshandlungen gekommen ist.

„Die Entwicklung macht uns ernsthaft Sorgen, richtet sich die Gewalt letztendlich gegen die Gesellschaft“, so der GdP-Landesvorstand. „Wir wissen, dass diese Einsätze noch lange im Gedächtnis bei den Betroffenen bleiben. Die Gesellschaft und vor allem die Politik müsse dafür sorgen, dass die Polizisten angesichts der enormen Belastungen, die sie zu schultern hätten, mehr Respekt und moralische Unterstützung erfahren“, so der GdP-Landesvorstand.

*Frage und Antwort sind unter (Drucksache 18/3753) abrufbar.

DIENSTSPORT

Sport in der Landespolizei

Kiel – Bei der GdP wird immer wieder nachgefragt, wie es mit dem Sport in der Landespolizei weitergehen würde. Der Landesrechnungshof hatte deutliche Kritik an den Dienstsportregelungen der Landespolizei geübt. Der Landesrechnungshof monierte, dass trotz Verpflichtung nur 40 Prozent der Polizisten am Dienstort teilnehmen würden, es gäbe keine Zielorientiertheit und keine Fitnessüberprüfungen.

Eine eingesetzte Arbeitsgruppe unter Leitung des Personalreferenten

Jürgen Anhalt hat nach unseren Erkenntnissen einen Zwischenbericht formuliert, der sich jetzt in der Abstimmung zwischen allen beteiligten Ämtern, Behörden und den Personalräten der Landespolizei befindet. Die Zeichen stehen gut, dass das Dienstsportangebot erhalten bleibt und vier Stunden Dienstzeit pro Monat auch weiterhin zur Verfügung stehen sollen.

Die Dienstsportverpflichtung soll entfallen, dafür wird es wohl verpflichtende Sportleistungsnachwei-

se pro Kalenderjahr geben. Diese können in einem breiten und differenzierten Angebot unter Berücksichtigung des Lebensalters wahrgenommen werden. Die Leistungsnachweise sollen verpflichtend nur für diejenigen gelten, die jetzt 35 Jahre oder jünger sind, zukünftig dann aber bis ans Berufslebensende. Alle anderen können freiwillig einen Leistungsnachweis erbringen.

Anreize werden wohl abgestufte Zeitgutschriften beim Bestehen der Leistungstests sein. Diese sollen von der tatsächlichen Inanspruchnahme des Dienstsportangebotes abhängig sein. Hierin liegt wohl insbesondere für Wechselschichtdienst- und Schwerpunktdienstleistende ein Vorteil. Der Fördergedanke soll betont werden. Leider werden Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte auch zukünftig nicht von den Möglichkeiten des Dienstsportangebotes profitieren. Hier bleibt nach Bewertung der GdP möglicherweise ein Weg über die seit Jahresbeginn veränderte Arbeitszeitordnung. So können Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung in angemessenem Rahmen als Arbeitszeit anerkannt werden. Hier sehen wir Chancen, für unsere Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten durch Dienstvereinbarungen oder 59er-Vereinbarungen des DGB mit der Landesregierung etwas zu erreichen. Dafür setzen wir uns ein!

Fortsetzung von Seite 3

von 12,6 auf 8,9 Prozent. 1991 hatte es noch 11 300 Wohnungseinbrüche gegeben. Dennoch macht der neuerliche Anstieg Polizei und Politik Sorgen. Man werde mit noch mehr Personal noch intensiver ermitteln, versprach Studt. Vor allem Banden aus Balkanländern machen der Polizei das Leben schwer. Der Anteil nicht-deutscher Tatverdächtiger liegt hier mit 33,8 Prozent sehr hoch. Von insgesamt 12 349 im Jahr 2015 einer Straftat – ohne Aufenthaltsrechtsverstöße – verdächtigten nicht-deutschen Tatverdächtigen waren 9,3 Prozent rumänische, und je 4,9 Prozent serbische und albanische Staatsbürger. 11,1 Prozent waren polnische, 11,5 Prozent türkische Staatsbürger.

Laut Statistik waren 4094 Tatverdächtige Zuwanderer, also Flüchtlinge – wozu auch schon vor vielen Jahren zugewanderte Personen zählen können. 446 dieser Flüchtlinge waren albanische und 340 serbische Staatsbürger. Nur 420 zum Beispiel waren Syrer. Das häufigste Delikt dieser Gruppe: Ladendiebstähle, insgesamt 1364. Gegen 65 Flüchtlinge wurde wegen Sexualstraftaten ermittelt, gegen 232 wegen schwerer Körperverletzung, gegen 80 wegen Wohnungseinbrüchen und gegen 147 wegen Drogendelikten. Angesichts der hohen Zahl von Zuwanderern – allein 2015 kamen 55 000 – seien diese Zahlen unauffällig, Flüchtlinge seien nicht häufiger kriminell als Einheimische, sagt Studt.



JUSTIZVOLLZUG

Tschüss Willem ...

Anstaltsleiter in den Ruhestand verabschiedet

Er ist so etwas wie eine Institution im schleswig-holsteinischen Strafvollzug: Willem Ziemer, den Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Flensburg, kennt eigentlich jeder. Und man erkennt ihn auch sofort – an seinem Markenzeichen. Mit Lederjacke, rotem Schal und Cowboystiefeln fällt man als Behördenleiter nun mal auf.

Willem Ziemers Biografie war schon immer etwas „gewöhnungsbedürftig“: Beispielsweise liebt er Götterspeise mit Sahne. Seinen Studienkollegen in Bad Münstereifel soll er immer die Sahne vom Nachtschiff gelöffelt haben – so lange, bis diese genug hatten und die Sahne durch Rasierschaum ersetzen. Danach war diese Unart aber schlagartig vorbei.

Bis 1990 war er als Abteilungsleiter in der JVA Kiel tätig. Die älteren Kolleginnen und Kollegen dort haben ihn noch in guter Erinnerung. Sie wussten immer, wann ihr Vorgesetzter kam. Das Klack – Klack – Klack der Cowboystiefel kündigte ihn jedes Mal rechtzeitig an. Legendär sind auch die Gesangseinlagen, die er mit den Kollegen seiner Abteilung während des Schichtwechsels zur Motivationssteigerung durchführte. Gut für den Teamgeist, schlimm für die Ohren. Das gesamte Hafthaus musste es aushalten.

In Erinnerung bleibt natürlich sein Engagement, mit dem er sich gemeinsam mit der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug gegen die 2010 von der CDU/FDP-geführten Landesregierung vorgesehene Schließung der Justizvoll-



zugsanstalt Flensburg zur Wehr gesetzt hat. In einer rund fünfwöchigen Kampagne konnten weit über 6000 Unterschriften zum Erhalt der Justizvollzugsanstalt Flensburg gesammelt werden. Die Rückendeckung in annähernd allen gesellschaftlichen Bereichen des Landesteils Schleswig/Flensburg war beeindruckend und führte letztlich dazu, dass die heutige Justizministerin Anke Spoorendonk den für viele erlösenden Bestandsschutz zusagte.

Danach soll er einen weiteren Wunsch geäußert haben, der ihm letztlich auch erfüllt wurde: „Es wäre doch schön, wenn ich die Vollendung der Sanierung des Pfortenbereiches der Anstalt noch aktiv miterleben könnte.“ Nun konnte er beruhigt seinen Ruhestand antreten.

Viele haben Willem Ziemer als einen gradlinigen Kollegen kennengelernt,

auf den man sich in jeder Situation verlassen konnte. Durch seine offene, stets fröhliche Art war er als Kollege stets gern gesehen, und sein Eintritt in den Ruhestand wird sicherlich eine große Lücke in der JVA Flensburg hinterlassen.

Eine Entscheidung, ob diese Lücke wenigstens personell geschlossen wird, hat das Justizministerium bereits getroffen. Wie wir finden, eine gute Wahl und würdige Nachfolge.

Unabhängig davon wird Willem Ziemer den Justizvollzug mit einem weinenden, aber auch mit einem lachenden Auge verlassen, wenn er die Probleme sieht, mit denen sich unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen auseinandersetzen müssen. Wir hoffen, dass er uns hier im Justizvollzug des Landes und insbesondere seine Kolleginnen und Kollegen in der JVA Flensburg nicht vergisst.

Insofern wünschen wir dir im Namen der Kolleginnen und Kollegen der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug für deinen Ruhestand alles erdenklich Gute, Zufriedenheit und natürlich Gesundheit.

Willem Ziemer wird innerhalb der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug mit der Mitgliedsnummer „2“ geführt, war also durch seinen Beitritt im Januar 2002 einer der allerersten, die die Öffnung der GdP für den Justizvollzug für sich nutzten.

Vielen Dank für deine Tätigkeit und deinen Einsatz sowie dein Engagement für die gemeinsame Sache. Bleibe uns gewogen. **Thorsten Schwarzstock**

Und was sonst noch so war ...

15. Februar

Der GdP-Landesseniorenvorsitzende Frank Poster berichtet mir heute von einer besonderen Auswirkung des Landesbeamten-Modernisierungsgesetzes S-H, speziell des „Gesetzes zur Förderung der personalwirtschaftlichen Bewältigung besonderer Bedarfslagen“ vom 18. Dezember 2015, das am 1. Januar 2016 (vorzeitig) in Kraft trat. Demnach sind für regulär in den Ruhestand getretene Beamtinnen und Beamte die Hinzuverdienstgrenzen weggefallen. Wie Rentner können diese Versorgungsempfänger zukünftig versorgungsunschädlich unbegrenzt Erwerbs- oder Erwerbsersatzes einkommen gem. § 64 (5) SHBeamVG beziehen.

16. Februar

Auf ihrer Internetseite fragen heute die Lübecker Nachrichten: „Sollten Polizisten im Norden mit Schulterkameras, sogenannten Bodycams, ausgestattet werden?“ Es beteiligen sich

1095 Leserinnen und Leser. Das Ergebnis ist eindeutig:

- 5%: Mir egal, auch wenn ich gefilmt werde, dann will ich das bitte bei Youtube sehen.
- 13%: Nein, denn die Wirkung ist eher zweifelhaft und außerdem sind sie ein Verstoß gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.
- 82%: Ja, das schreckt Gewalttäter ab und schützt die Beamten vor körperlichen Attacken.

17. Februar

19 Uhr – Im Kieler Maritim-Hotel findet das 14. Sponsorenessen des Hilfs- und Unterstützungsfonds (HUPF) statt. Über 60 Gäste kann der Vorsitzende Klaus Schlie, Landtagspräsident, begrüßen. Ehrengast ist die Präsidentin des Oberlandesgerichtes (OLG), Frau Ute Fölster (Foto). In ihrem Beitrag setzt sie sich mit der Rolle von Polizei und Justiz in der Gesellschaft auseinander. „Mehr als



Stirnrunzeln, nämlich Sorgen, verursachen mir allerdings Berichte über die vielen tätlichen und verbalen Angriffe auf Polizeibeamte. Es ist mir in diesem Zusammenhang auch relativ gleichgültig, ob steigende Zahlen auf verändertes Anzeigeverhalten oder auf ein tatsächliches Ansteigen der Delikte zurückzuführen sind. Macht es denn etwa die Sache besser, wenn sich durch mehr Anzeigen erweist, dass ein beklagenswerter Zustand

Fortsetzung auf Seite 8

RG PD AFB

Bubblefootball in der PD AFB

Eutin – Ein ungewöhnliches Turnier wurde in der PD AFB absolviert. Die Organisation des Vergleichs im Bub-

blefootball lag in den Händen der PMA Parulin und Wollburg, Unterstützung kam aus dem Sportbildungszen-

trum der PD AFB und von der Gewerkschaft der Polizei. Angefeuert von rund 300 Zuschauern, kämpften, rollten und traten sich 18 Mannschaften aus allen Jahrgängen durch die Sporthalle. PMA Karstens moderierte souverän durch die Veranstaltung, der DJ sorgte zusätzlich für aufgeheizte Stimmung. Alles in allem eine gelungene Veranstaltung, die bei einer Aftertourament-Party bei Werner Japp ihren würdigen Abschluss fand.

AKTION

Malwettbewerb!

Kiel – Wie bereits in der Ausgabe Februar 2016 beschrieben, möchten wir für 2017 einen Familienkalender mit Euren Bildern gestalten. Der Malwettbewerb läuft noch bis Ende April. Du bist zwischen 3 und 16 Jahre alt? Dann schnapp Dir gleich Filz, Buntstifte oder was auch immer Du magst und male uns auf ein DIN-A4-Blatt den Arbeitsplatz Deiner Mama und/oder von Papa bei der Polizei. Vielleicht arbeitet Dein Papa auf einem Boot und kontrolliert Fischer oder fährt mit einem Streifenwagen durch Kiel? Oder deine Mama nimmt die Notrufe entgegen und verteilt die Einsätze über

Funk auf der Leitstelle? Lasse Deiner Phantasie freien Lauf! Zwölf Bilder von Euch kommen in den neuen Kalender. Unter allen Picassos verlosen wir tolle Preise und die Maler der Zwölf veröffentlichten Bilder bekommen jeweils den druckfrischen Familienkalender. Nutzt die Osterferien und malt am besten gleich los. Schickt Eure Bilder bitte bis 30. 4. 2016 ungefalt an:

**Gewerkschaft der Polizei,
Landesbezirk Schleswig-Holstein,
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel,
Kennung: Familienkalender**

Wir freuen uns auf Eure Werke!



4-Tage-Städtereise

16. bis 19. September 2016 ab/bis Hamburg



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Stockholm – Perle des Nordens

- Zug zum Flug in der 2. Klasse
- Flüge mit der Eurowings/Germanwings in der Economy Class
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- 3 Hotelübernachtungen im 4*-Hotel Clarion
- 3 x Skandinavisches Frühstücksbuffet
- Umfangreiches Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- Ausführliche Stadtrundfahrt
- Ausgedehnter Bummel durch die historische Gamla Stan
- Alle Eintrittsgelder laut Reiseverlauf
- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur



Information und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de



ab **679,-** * p.P.

* Einzelzimmerzuschlag 195,-

psw-tours.de



Veranstalter: Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel
Weitere Informationen und Angebote im Internet unter www.psw-tours.de Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen

Fortsetzung von Seite 6

schon länger andauert, als man bis dahin angenommen hat?

Soweit es die verbalen Angriffe betrifft, so meine ich zwar, dass nicht jede kleine Beleidigung, die Repräsentanten aus allen staatlichen Institutionen mehr oder weniger häufig auszuhalten haben, eine staatliche Reaktion verdient. Allerdings klingt das, was man mittlerweile in Leserbriefen oder in den euphemistisch bezeichneten „social media“ im World Wide Web so lesen kann, derart hass erfüllt, dass einem das Blut in den Adern zu gefrieren droht – von kleinen Beleidigungen kann keine Rede sein. Immerhin sind einige Onlinemedien angesichts ihrer Ohnmacht zur Beherrschung dieser Shitstorms mittlerweile dazu übergegangen, nicht länger Kommentarfunktionen anzubieten. Derartige, völlig hemmungslos initiierte radikale semantische Eskalationen sind wohl nicht allein mit rechtlichem Instrumentarium in den Griff zu bekommen, sie stellen vor allem ein sozialpsychologisches Problem dar. Ich kann jedenfalls gut nachempfinden, dass auch die aus dem Polizeibereich stammenden Opfer Probleme im Zusammenhang mit der Sanktionierung solcher Injurien frustrieren und demotivieren.“

19. Februar

Das Arbeitsgericht Berlin hat aktuell entschieden, dass Resturlaubsansprüche verstorbener Mitarbeiter auf die Erben übergehen. Diese können sich den Resturlaubsanspruch auszahlen lassen (Az.: 56 Ca 10968/15). **Der Fall:** Ein Arbeitnehmer hatte noch 33 Tage Resturlaub, als er verstarb. Die Erben forderten von dem Unternehmen die Auszahlung dieser Tage. Das Berliner Arbeitsgericht teilte die Argumente der Erben und gab der Klage statt. **Die Begründung:** Das Gericht berief sich auf das Bundesurlaubsgesetz, wonach der Resturlaub abzugelten ist, wenn er wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht oder teilweise nicht mehr genommen werden könne – was im Todesfall ja zutrifft.

Allerdings: Das letzte Wort ist zu diesem Thema sich noch nicht gesprochen, denn das Bundesarbeitsgericht hat diese Fallkonstellation in der Vergangenheit stets anders beurteilt.

23. Februar

Neue Leitungen bei den Staatsanwaltschaften in Kiel und Itzehoe. In Itzehoe wird Uwe Dreeßen zum 1. März 2016 als Leitender Oberstaatsanwalt die Leitung der Staatsanwaltschaft Itzehoe übernehmen. Diesem Personalvorschlag von Justizministerin Anke Spoorendonk hat das Kabinett heute zugestimmt. Dreeßen wird Nachfolger von Wolfgang Zepter, der seit Anfang dieses Jahres Generalstaatsanwalt des Landes Schleswig-Holstein ist. „Herr Dreeßen ist hervorragend geeignet für das Amt des Leitenden Oberstaatsanwalts bei der Staatsanwaltschaft Itzehoe, die er aus jahrelanger Tätigkeit bestens kennt. Ich wünsche ihm für seine neue Tätigkeit Glück und viel Erfolg“, sagte Justizministerin Anke Spoorendonk.

In Kiel wird die Leitung der Staatsanwaltschaft mit einer Frau besetzt. Nicht unbekannt ist Birgit Heß, die neue Leitende Oberstaatsanwältin. Heß wurde in Büdelsdorf geboren und studierte vom Wintersemester 1984 bis 1990 Rechtswissenschaften an der CAU Kiel mit dem Abschluss der Ersten Juristischen Staatsprüfung. Nach wissenschaftlicher Tätigkeit an der juristischen Fakultät absolvierte sie von 1992 bis 1994 ihr Referendariat. Nach der Großen Juristischen Staatsprüfung im Juli 1994 in Hamburg war Heß ab November als Richterin auf Probe als Dezernentin der Staatsanwaltschaft Kiel tätig und wurde im Dezember 1997 zur Staatsanwältin auf Lebenszeit ernannt. Von Juni 1998 bis April 1999 absolvierte sie beim Generalstaatsanwalt in Schleswig ihr drittes Staatsexamen. Zum März 2005 er-



folgte die Ernennung zur Oberstaatsanwältin beim Generalstaatsanwalt in Schleswig. Im Mai 2010 wurde Frau Heß als Oberstaatsanwältin und Abteilungsleiterin bei der Staatsanwaltschaft Kiel die Stellvertreterin von Peter Schwab.

28. Februar

Ungewöhnlicher Dank an die Polizei von der Gruppe „Hilfsaktion für Kieler Obdachlose und ihre Vierbeiner“. „Ihr habt für einen Großeinsatz (Demo) am HBF in der „Warteschleife“ gestanden. Angetan von unserer Aktion, spendetet uns ihr „Jungs und Mädels“ kurzerhand Eure Verpflegungspakete, welche ihr zum Einsatz mitbekommen habt (Stullen, Naschis, Knabberkram). Unsere hungrigen Herzmenschen und Herzchenhunde nahmen voller Freude Eure Schnürpakete in Empfang. So endete der Tag für uns alle mit einem guten Gefühl und einem Lächeln.

Ihr „Engel“ des Tages habt mit Eurer Verpflegungsspende den „Herzmenschen“ – wie wir sie nennen – viel mehr gegeben als Euer Essen. Ihr habt sie wahrgenommen und das als Menschen. Das ist so schön!“

7. März

Innenminister Studt verleiht Sportverdienstnadeln an für den Sport engagierte Bürger. Darunter auch Rainer Tschirne (Foto). Tschirne ist Mitglied im Rendsburger TSV. Er begann 1972 mit dem Handball und war gleichzeitig in der Leichtathletik aktiv. Nachdem er 1977 Handballschiedsrichter wurde, qualifizierte er sich als Schiedsrichter bis in den Bundesliga-kader des deutschen Handballbundes. Er wurde eingesetzt bei Spielen der 2. Bundesliga der Männer und bei Spielen der 1. und 2. Bundesliga der Frauen. Von 1978 bis 1986 war er Vereinsschiedsrichter, Schiedsrichterwart und Handballobmann im Rendsburger TSV. 1994 übernahm er zusätzlich das Amt des Spielwartes im Bezirk Ost im Handballverband Schleswig-Holstein, ehe er 2000 bis zur strukturbedingten Auflösung des Bezirkes Ost im Sommer 2008 dort der 1. Vorsitzende war. 2002 wählte der Verbandstag ihn in das Amt des Vizepräsidenten Spieltechnik. Dieses Amt hat er auch noch heute inne. Im Deutschen Handballbund ist Rainer Tschirne seit 1997 als Schiedsrichterbeobachter tätig.

